Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 106 (2012)

Heft: 7-8

Artikel: "Das Hiesige pflegen und die Grenzen öffnen : beides gehört zusammen"

Autor: Seifert, Kurt

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-390355

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kurt Seifert

«Das Hiesige pflegen und die Grenzen öffnen: Beides gehört zusammen»

Die schweizerische Sozialdemokratie debattiert über ein heikles Thema: Fragen der Migration berühren das helvetische Selbstverständnis in ganz besonderer Weise – obwohl oder gerade weil dieses Land seit über einem Jahrhundert von Wanderungsbewegungen geprägt wird. Der Aufstieg der Nationalkonservativen in den letzten zwanzig Jahren gelang vor allem dank der Mobilisierung von Ängsten und Abwehrhaltungen gegenüber den «Fremden». Die Definitionsmacht in Sachen Migrationspolitik liegt immer noch eindeutig bei den rechtsbürgerlichen Kräften.

Wie könnte eine linke Alternative aussehen? Die SP Schweiz hat den Entwurf eines Migrationspapiers vorgelegt, welches beim Parteitag Anfang September in Lugano verabschiedet werden soll. Kurt Seifert sprach darüber mit Nationalrätin Jacqueline Fehr.

Für die «Weltwoche», das nationalkonservative Sprachrohr, ist der Fall klar: Wohl lege die Sozialdemokratische Partei zahlreiche Vorschläge zur Einwanderungspolitik vor, doch ihre alte Ideologie habe sie nicht überwunden. Sie stehe eben immer noch zur internationalen Solidarität und ignoriere das Problem der offenen Grenzen. Die «Weltwoche» bestätigt damit, dass die schweizerische Linke nicht bereit ist, sich der Deutungshoheit jener zu unterwerfen, die alle gesellschaftlichen Fragen letztlich auf den Gegensatz zwischen einem nationalen «Wir» und den «Anderen» herunterbrechen wollen. Gesetzt den Fall, sie würde dies tun, so unterschiede sie sich in einem entscheidenden Feld der Politik nicht mehr von den bürgerlichen Parteien. Die «Weltwoche» und andere interessierte Kreise könnten dann mit Recht behaupten, die SP Schweiz habe kein eigenes Programm und sei damit letztlich überflüssig. Gerade um dem herrschenden Diskurs entgegenzutreten, der alles unter der Perspektive des Nationalen betrachtet, ist es wichtig, eigene Konzeptionen zu entwickeln, die den Blick zu weiten vermögen.

Das Papier der Geschäftsleitung der SP Schweiz stellt die Migrationspolitik in den Kontext anderer Politikbereiche. Die Verbindung zur Demokratie-Frage ist für die schweizerische Linke kein neues Thema: Bleibt rund ein Fünftel der Wohnbevölkerung vom Wahl- und Stimmrecht ausgeschlossen, so kann mit diesem Land staatspolitisch etwas nicht stimmen. Die Forderung nach Integration bleibt solange eine Floskel, wie der umfassenden rechtlichen Teilhabe als Bürgerin oder Bürger so viele Steine in den Weg gelegt werden. Deshalb sollte alles dafür getan werden, dass die Einbürgerung unter Beibehaltung der bisherigen Staatsbürgerschaft weitgehend erleichtert wird – allen Vorstellungen zum Trotz, die im Schweizerpass die Eintrittskarte für einen exklusiven Club sehen.

Migration und Wachstum

Ungewohnt hingegen ist die Verbindung mit Fragen des Wirtschaftswachstums. Anlässlich der Medienkonferenz zur Präsentation des Papiers Anfang April 2012 in Bern wies Nationalrätin Jacqueline Fehr, Vizepräsidentin der Partei, darauf hin, dass die bürgerliche Tiefsteuerpolitik die Ansiedelung internationaler Konzerne um fast jeden Preise fördere und damit eine Entwicklung anheize, die zu verstärkter Einwanderung führe, weil die notwendigen Fachkräfte auf dem heimischen Arbeitsmarkt kaum zu finden seien. In deren Folge komme es dann auch zu Engpässen beispielsweise auf dem Wohnungsmarkt und im öffentlichen Verkehr. Ihre Ausführungen gipfelten in dem Satz: «Wir bestimmen mit unserer eigenen Politik, ob wir ein überhitztes Wachstum mit Vorteilen für wenige und Nachteilen für viele haben, oder ob wir in eine Entwicklung investieren, deren Nutzen allen zugute kommt.»

Im Papier wird dazu ausgeführt, dass «eine ökologisch und sozial blinde Wachstumspolitik, die sich damit begnügt, über Steuervergünstigungen Unternehmen mitsamt Belegschaft anzulocken», der Bevölkerungsmehrheit wenig nütze (S. 2). Statt forcierter Einwanderung fordert die SP für die Schweiz eine «Fachkräfte-Bildungsinitiative, um ihre Abhängigkeit von Rekrutierungen im Ausland zu mindern» (S. 5). Oder um es mit Jacqueline Fehrs Worten auszudrücken: «Das Hiesige pflegen statt auf Teufel komm raus Neues anwerben.» Läuft das auf sozialdemokratischen Heimatschutz hinaus? Das wollten wir von der führenden SP-Politikerin wissen und vereinbarten deshalb während der Sommersession in Bern ein Gespräch mit ihr.

Kurt Seifert: *Die Auseinandersetzung mit dem und den «Fremden» bestimmt die schweizerische Politik seit mehr als hundert Jahren. Die Angst vor «Überfremdung» war ein entscheidendes Motiv politischen Handelns im 20. Jahrhundert – und spielt auch im beginnenden 21. Jahrhundert eine nicht zu unterschätzende Rolle. Sind Sie der Auffassung, dass die Linke in der Schweiz diese Angst in der Vergangenheit zu wenig ernstgenommen hat?*

Jacqueline Fehr: Das Thema der Fremdheit betrifft alle Menschen. Die entscheidende Frage dabei ist, wie sicher man sich seiner eigenen Identität sein kann. Das hat wenig mit jenen Anderen zu tun, die uns als «fremd» erscheinen, sondern vielmehr mit der Frage, ob wir uns in unserem Leben wohl fühlen. Es geht damit in der Politik letztlich immer um die Frage, wie wir unser Zusammenleben so organisieren, dass alle Menschen ihren Platz finden und ihre Lebensträume verwirklichen können. Oder anders gesagt: Es geht um «Heimat». Zahlreiche Errungenschaften in unserem Land sind dank sozialdemokratischer Initiativen Wirklichkeit geworden, zum Beispiel in der Schul- und Berufsbildung sowie bei der sozialen Absicherung von Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter oder bei der Infrastruktur. Unterschätzt haben wir zeitweise, welche Bedeutung – neben diesen Errungenschaften, auf die wir mit Recht stolz sein können – auch

Jacqueline Fehr und Kurt Seifert während der SP-Delegiertenversammlung in Basel (Foto: François Baer).

die emotionale Seite, eben dieses Zuhausesein-Gefühl, besitzt.

Wie wird «Heimat» in einem linken Verständnis definiert?
Unsere Auffassung von Heimat grenzt sich ganz klar von einem national verstandenen Heimatbegriff ab. Aus sozialdemokratischer Sicht geht es um die real gelebten sozialen Zusammenhänge. Aus einer linken Perspektive heraus wird nach der sozialen Ordnung einer Gesellschaft gefragt, nicht nach ihrer nationalen Gestalt. Die Rechte führt eine immerwährende Kampagne, indem behauptet wird, Menschen anderer Herkunft würden das bedrohen, was wir uns geschaffen haben. Die Folge ist, dass nach unten getreten wird und gekuscht gegenüber den Oberen.

Sozialpolitische Antworten suchen
Die Antwort von links lautet anders: Es ist die Konzentration von Kapital und Macht in den Händen von wenigen, welche die Errungenschaften der Mittelstandsfamilien und die Anschlussfähigkeit der Unterschichten bedroht. Die Angst, dass man das aufgeben muss, was man sich erarbeitet hat, oder dass man den Anschluss verliert, beantworten wir sozial- und wirtschaftspolitisch. Die Rechte beantwortet sie kulturell und nationalistisch. Es ist eine zwingende Aufgabe, dass wir die grassierenden Ängste in den Fokus nehmen – aber wir müssen sie weiterhin wirtschafts- und sozialpolitisch beantworten. Nur dadurch verbessert sich die Lebenssituation der Menschen real.

Im Migrationspapier sind neue Töne zu vernehmen, insbesondere durch die Verknüpfung mit der Wachstumsfrage. Bei der Vorstellung des Papiers haben Sie darauf hingewiesen, dass eine Politik der niedrigen Steuern zwangsläufig Unternehmen aus aller Welt anzieht, die ihre Arbeitskräfte vielfach im Ausland rekrutieren. Die Gesellschaft habe die negativen Folgen zu tragen, beispielsweise in Form von explodierenden Mieten. Ginge es uns denn mit einer Abschottungspolitik besser?
Wir müssen uns zuerst fragen, auf was die starke Zuwanderung zurückzuführen ist. Da steht an erster Stelle der aggressive Steuerwettbewerb, mit dem die

Das Ausschaffungsgefängnis in Kloten.

Schweiz auf Teufel komm raus steuergünstiger als alle anderen Staaten sein will. Die Parole der Bürgerlichen, einschliesslich der SVP, lautet dabei: «Unternehmen aus aller Welt, kommt in die Schweiz!» Im Weiteren stellen wir grosse Defizite fest, zum Beispiel in der Bildungspolitik. Wir verpassen es, genügend Fachkräfte auszubilden. So fehlen uns jedes Jahr rund 600 Ärztinnen und Ärzte, die wir aus dem Ausland holen müssen – und dies, obwohl sich sehr viel mehr junge Frauen und Männer zum Medizinstudium anmelden als genommen werden können. Das ist eine Folge des Numerus Clausus.

Migrationspolitik als Vergrösserungsglas

Ein anderes Versäumnis betrifft unsere Raumplanungs- und Wohnbaupolitik. Aus regionalpolitischen Gründen, die mit dem Abbau von Leistungen des Service public in peripheren Landesteilen zu tun haben, kommt es zu einer konzentrierten Ansiedlung solcher neuen Betriebe im Mittelland. All diese Faktoren führen dazu, dass sich Brennpunkte bilden, in denen aufgrund der starken Nachfrage und einer mangelhaften Gesetzgebung die Preise für das Wohnen und die allgemeinen Lebenshaltungskosten so stark ansteigen, dass eine normale Familie dort keine Unterkunft mehr finden kann. Das widerspricht unserer Vorstellung von einer Gesellschaft, in der Menschen aus allen sozialen Schichten zusammenleben und es weder Ghettos von Reichen noch solche von Armen geben soll.

Wäre es dann besser, dieses unerwünschte Wachstum politisch zu verhindern?

Die Hauptbotschaft unseres Papiers lautet: Es liegt an uns selbst, und nicht an irgendwelchen fremden Mächten oder den zugewanderten Ausländern, ob wir zu einer Gesellschaft werden, in der die einen immer mehr und die anderen immer weniger bekommen! Wir entscheiden selbst, wie wir zusammenleben wollen. Und wir müssen dort ansetzen, wo die Probleme entstehen. Das heisst: Wir können und müssen auch die Steuergesetze so gestalten, dass der Steuerwettbewerb eingegrenzt wird. Wir müssen über die Wohnungspolitik dafür sorgen, dass genügend zahlbare Wohnungen zur Verfügung stehen – etwa durch die Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus. Wir bestimmen auch über unsere Bildungspolitik. Die flankierenden Massnahmen bei Löhnen und Anstellungsverhältnissen im Rahmen der bilateralen Abkommen mit der Europäischen Union sind ein Beispiel dafür, wie solche wirtschaftlichen und sozialen Prozesse gesteuert werden können.

(Foto: SP Basel-Stadt)

Das Postulat, dass wir unsere Sache selbst in die Hand nehmen müssen, erinnert an linke Grundwerte, ist aber keine spezifisch migrationspolitische Aussage. Wenn vorrangig die eigenen Ressourcen gefördert werden sollen, könnte die Kritik aufkommen, hier werde sozialdemokratischer Heimatschutz betrieben. Was sagen Sie dazu?

Die Migrationspolitik erscheint uns wie ein Vergrösserungsglas. Betrachtet man

die verschiedenen gesellschaftlichen Felder – Arbeit, Wohnen, Infrastrukturen – durch dieses Glas, dann sieht man besonders scharf, wo es klemmt. Wenn man die Probleme nicht nur verwalten, sondern lösen will, dann muss man dort ansetzen, wo sie entstehen. Der zugewanderte Mediziner ist nicht schuld daran, dass wir zu wenig Ärzte ausbilden; die Kiosk-Verkäuferin mit ausländischem Hintergrund kann nichts dafür, ob die Löhne sinken oder steigen. Es liegt an unseren gesetzlichen Massnahmen, welche Bestimmungen für die Bildung oder den Arbeitsmarkt gelten sollen. Diese hängen von den jeweiligen Kräfteverhältnissen zwischen Kapitalbesitzern und Arbeitnehmenden ab. Würden wir die Grenzen dichter machen, würde kein Mensch einen Franken mehr verdienen, und auch die Wohnungen würden alleine dadurch nicht günstiger!

Wem kommt das Wachstum zugute?

Zum Thema des «sozialdemokratischen Heimatschutzes»: Ich bin tatsächlich der Auffassung, dass wir den Fokus verschieben und das Hiesige mehr pflegen müssen. Mich stört zum Beispiel, dass ausländische Unternehmen mit Steuervergünstigungen geködert werden, während das hiesige Gewerbe, das seit Jahren Lehrlinge ausbildet, Arbeitsplätze anbietet und sich weiter entwickelt, leer ausgeht. Eine Politik, die das Hiesige fördert und zugleich die Grenzen offenhält – die ist aus meiner Sicht fundamental sozialdemokratisch. Es geht also weder darum, dass wir uns abschotten, noch dürfen wir das Eigene vernachlässigen. Wir sollten uns darauf konzentrieren, wie wir hier unsere Probleme lösen – gemäss unserer Zielorientierung einer Politik für alle statt für wenige.

Sozialdemokratischen ExekutivpolitikerInnen ist das Papier offenbar nicht pragmatisch genug. So geht aus einem Interview in der SP-Mitgliederzeitung «links» hervor, dass der Winterthurer Stadtrat Nicolas Galladé die Verknüpfung zwischen Migrations- und Wachstumsfrage nicht goutiert. Er sieht eher Probleme bei ausbleibendem Wachstum. Wie stehen Sie zu dieser Kritik?

Migrationspapier wird breit diskutiert

Der 63 Seiten umfassende Entwurf der Geschäftsleitung der SP Schweiz vom 23. März 2012 stellt Risiken und Probleme der aktuellen Einwanderung dar, zu denen die im Zentrum des Interviews mit Jacqueline Fehr stehenden Fragen des Wachstums, dessen Gründe und Folgen, gehören. Das Papier weist auch auf Chancen und Nutzen der Einwanderung hin. In einem weiteren Teil werden die vorgeschlagenen «flankierenden Massnahmen plus» präsentiert. Im abschliessenden Kapitel wird «eine solidarische Migrationspolitik im globalen Kontext» gefordert. Dort geht es unter anderem um die Asylpolitik sowie um die Politik gegenüber den Sans-Papiers.

Bemerkenswert ist, dass das Migrationspapier auch eine Selbstverpflichtung der Sozialdemokratischen Partei beinhaltet. So sollen Ausländerinnen und Ausländer die Möglichkeit erhalten, SP-Mitglieder zu werden. Mehrfachmitgliedschaften in der SP Schweiz und in Mitgliedsparteien der SP Europa sollen gezielt gefördert werden. Ebenso soll die politische Integration von Menschen mit Migrationshintergrund unterstützt werden. Die Partei müsse der «gesellschaftlichen Entwicklung hin zu politischen und kulturellen Mehrfachidentitäten im globalisierten 21. Jahrhundert Rechnung tragen», heisst es im Papier (S. 38).

Bis Ende Juni 2012 sind rund 850 Anträge zum Entwurf der Geschäftsleitung eingegangen. Auf deren Grundlage wird ein überarbeiteter Entwurf erstellt. Die definitive Fassung des Migrationspapiers soll beim SP-Parteitag am 8./9. September 2012 in Lugano verabschiedet werden.

Nähere Informationen sind auf der Website der SP Schweiz zu finden *(www.spschweiz.ch)*.

Wachstumskritik ist noch kein grundsätzliches Nein zum Wachstum. Wachstumskritik stellt Fragen. Eine der zentralen Fragen lautet: Wer profitiert vom Wachstum? Gegenwärtig ist festzustellen, dass wir in der Schweiz ein Wachstum haben, das die sozialen Ungleichheiten zu verstärken droht. Das kann eine sozialdemokratische Partei nicht gut heissen. Wenn Wachstum dazu führt, dass das Wohnen immer teurer wird, dann ist dieses Wachstum nicht gut für die Menschen. Wachstum muss aber auch unter ökologischen Aspekten beurteilt werden. Deshalb hat künftig das Thema «Raum» ganz oben auf der politischen Agenda zu stehen. Raumplanung, Siedlungsgestaltung, Quartierentwicklung, das Verhältnis von öffentlichem zu privaten Raum: Auf diesen Themenfeldern wird darüber entschieden, wo sich Menschen begegnen und bewegen, ob sie sich wohl und zuhause fühlen, ob sie ihren Platz in der Gesellschaft finden, usw. Die Auseinandersetzung über den Raum müssen wir führen, gerade weil viele linke Politiker und Politikerinnen in Sachen Standortförderung und Raumgestaltung in der Verantwortung stehen. Deshalb gehören diese Fragen an die erste Stelle des Migrationspapiers.

Jacqueline Fehr, besten Dank für Ihre Erläuterungen! Wir sind gespannt auf die weitere Debatte.

Die sozialdemokratische Positionierung in Fragen der Migrationspolitik gleicht einem Hochseilakt. Realpolitisch gibt es mancherlei zu bedenken: Da sind zum einen die Sorgen und Ängste vieler Menschen angesichts einer verstärkten Zuwanderung aus dem Ausland, die den Rechtsbürgerlichen zusätzliche Munition liefert. Dies macht sich in neuen Verschärfungen des Asylrechts bemerkbar, das – rein quantitativ gesehen – für die Migrationspolitik irrelevant ist, aber eine hohe symbolische Bedeutung besitzt. Hier darf sich der Wunsch nach Abwehr des «Fremden» noch äussern, denn diese «Asylanten» werden volkswirtschaftlich nicht gebraucht. Dann gibt es beispielsweise auch die Standortinteressen rot-grün regierter Städte, die von der neuen Zuwanderung durchaus profitieren und auf eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit Fragen des Wachstums eher ausweichend reagieren.

Trotzdem bringt gerade die Verbindung mit der Wachstumsfrage möglicherweise ein neues Element in eine Situation, deren Wahrnehmung von rechten Denkmustern bestimmt wird. Dieses Denken blendet die Frage nach den Folgen von Wachstum aus und reduziert sie auf ein «Ausländerproblem». Eine solche Vereinfachung kommt zwar bei manchen Verunsicherten an, doch sie bietet keine Lösungen – oder höchstens solche, die auf den weiteren Abbau von Rechten der Betroffenen zielen. Dies ist insbesondere in der Asylpolitik zu beobachten. Dort genügt es allerdings nicht, sozial- und wirtschaftspolitisch zu argumentieren. Es geht vielmehr um Fragen der Gleichheit, Freiheit und Geschwisterlichkeit. Die klingen im SP-Papier zwar auch an – aber die Migration als ein Menschenrecht bleibt hier noch in utopischer Ferne. ●